

Pressekonferenz zum handwerkspolitischen Aschermittwoch des niedersächsischen Handwerkstages (NHT)

Statement von NHT-Präsident Mike Schneider

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur traditionellen Aschermittwochs-Presskonferenz. Wir leben in bewegten politischen Zeiten, was nicht zuletzt die Demonstrationen der letzten Wochen und Monate gezeigt haben. Aber wir wollen auf die Lage im niedersächsischen Handwerk schauen:

- Was bewegt die Betriebe aktuell? und
- Wie blicken die Betriebe in die Zukunft?

Angesichts der bevorstehenden Europawahl war es uns zudem wichtig zu hinterfragen:

- welche Bedeutung hat Europa für die Handwerksbetriebe in Niedersachsen - aus ihrer eigenen Einschätzung heraus - und
- wie ist die Stimmung bezüglich der anstehenden Wahlen.

An der diesjährigen politischen Blitzumfrage zum Jahresauftakt haben sich über 1.500 Betriebe aus den verschiedensten Bereichen des Handwerks beteiligt, mehr als in den Vorjahren. Das zeigt, die politischen Fragen treiben die Betriebe um.

I. Zunächst zur wirtschaftlichen Lage im Handwerk

Die Lage ist aktuell noch weitgehend robust. Knapp 80 Prozent der befragten Betriebe bewerten sie zum Jahresstart als „gut“ oder „befriedigend“, etwas mehr als 20 Prozent sind allerdings „unzufrieden“. Das zeigt die erste Grafik.

Der Anteil der unzufriedenen Stimmen ist mit 8 Prozentpunkten deutlich gestiegen. Trotzdem bewerten wir die wirtschaftliche Gesamtlage im Handwerk als **noch** zufriedenstellend.

Mehr Sorgen muss uns – wie die 2. Grafik zeigt – aber das Stimmungsbarometer für die nächsten Monate machen. **44 Prozent** der Befragten gehen von einer rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung im nächsten Halbjahr aus. Seit Beginn dieser Blitzbefragungen im Jahr 2015 hat es eine so schlechte Erwartungshaltung zum Jahresstart nicht gegeben – selbst zu Coronazeiten nicht.

Ein sehr deutlicher Dämpfer kommt aktuell aus dem Baugewerbe, was angesichts der Wohnungsbaukrise nicht weiter verwunderlich ist. Ursächlich dafür sind hohe Zinsen, ein Hin- und Her bei den Förderbedingungen und ständig steigende Anforderungen an die Energiestandards. Investorinnen und Investoren reagieren darauf mit einer entsprechenden Zurückhaltung, was die Situation zusätzlich belastet. Das möchte ich an dieser Stelle nicht weiter vertiefen.

Fakt ist: Wir erleben aktuell eine starke Verunsicherung im Handwerk!

Es stellt sich die Frage: Warum ist die Stimmungslage insgesamt so pessimistisch? Wir haben die Betriebe – wie im letzten Jahr – nach ihren größten Herausforderungen befragt.

II. Herausforderungen für das niedersächsische Handwerk

Dazu muss man zunächst einmal sagen: Die Grafik zeigt, wie festgefahren einige Herausforderungen für viele Handwerksbetriebe seit mehreren Jahren sind. Am Ranking hat sich nicht allzu viel geändert:

Platz 1

Die mit Abstand größte Herausforderung ist nach wie vor die Bürokratie. Schon im vergangenen Jahr wurde sie als traurige Spitzenreiterin im Ranking gewählt. 70 Prozent der befragten Unternehmen stufen sie als größte Herausforderung ein, heute sind es fast 80 Prozent.

Bürokratie ist ein echter Dauerbrenner. Man müsste meinen, dass ihr Ausmaß im Zuge der Bürokratieentlastungspakete irgendwann sinkt. Stattdessen wächst diese Belastung nach Einschätzung der Unternehmen aber immer weiter.

Fakt ist: Die unternehmerischen Spielräume werden zu stark eingeschränkt.

Wie effizient und schnell Bürokratieabbau gehen könnte, zeigt die geplante Vereinfachung der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO): Hier wurde ein Gesetzesentwurf erarbeitet, über den spürbare Vereinfachungen und Beschleunigungen auf den Weg gebracht werden können. Wir wünschen uns eine ebenso lobenswerte Effizienz und Pragmatik auch bei anderen politischen Vorhaben!

Es müssen immer die tatsächlichen Möglichkeiten von kleinen und mittleren Unternehmen berücksichtigt werden! Mittelstandsgerechte Lösungen sind immer frühzeitig mitzudenken.

Auf Landesebene heißt das z.B., dass die niedersächsische Clearingstelle als zentrale Stelle zur Bürokratievermeidung von allen Ministerien bei ihren Vorhaben

- konsequent und zwingend eingebunden und
- diese auf bürokratische Belastungen für KMU geprüft werden müssen.

Nur so kann die Landesregierung zeigen, dass es ihr Ernst ist! An der angekündigten Weiterentwicklung der Clearingstelle arbeiten wir sehr gerne mit.

Platz 2

An zweiter Stelle im Ranking stehen wie auch im Vorjahr die Energiekosten. 60 Prozent der befragten Betriebe stufen sie auch weiterhin als große Herausforderung ein.

Dabei ist es wichtig festzuhalten, dass die Energiepreise seit Januar 2023 durch die Energiepreisbremsen gedeckelt wurden! Speziell für die energieintensiven Betriebe – wie z.B. die Bäcker und Fleischer - war diese Maßnahme zentral. Die Stimmung im Nahrungsmittelhandwerk hatte sich daraufhin im Herbst 2023 auch deutlich verbessert.

Fakt ist aber: Diese Entspannung zum Ende des letzten Jahres bedeutet nicht, dass die Lage für die energieintensiven Betriebe - nach ihren eigenen Einschätzungen - unbeschwert weiterlaufen wird.

In der Tat gilt es abzuwarten, in welchem Umfang die Betriebe künftig mit einer Unterstützung der Bundesregierung rechnen können. **Die Gas- und Strompreisbremsen sind im Dezember 2023 ausgelaufen.** Damit entfällt ein wichtiges Instrument, welches den Betrieben zumindest ein wenig Planungssicherheit gewährleistet hat.

Gleichzeitig wurde auf Bundesebene angekündigt, dass die **Stromsteuer auf den europäischen Mindestsatz von 0,05 Cent pro Kilowattstunde reduziert** werden soll. Das war eine unserer politischen Forderungen! Sie würde für die Betriebe eine Kostenentlastung von mehreren tausend Euro jährlich bedeuten. Für eine Bäckerei mit 53 Beschäftigten wären das allein circa 4.200 Euro.

Diese finanzielle Erleichterung erreicht aber nicht alle energieintensiven Branchen im Handwerk. Die Absenkung der Stromsteuer ist auf „Unternehmen des Produzierenden Gewerbes“ begrenzt. Energieintensive Gewerke mit Dienstleistungscharakter wie beispielsweise Textilreiniger, Friseure und Teile des Kfz-Handwerks sind damit von der Begünstigung ausgeschlossen. Diesen Branchenausschluss halten wir für nicht richtig.

Zudem darf die Entlastung bei der Stromsteuer nicht zu einer Belastung an anderer Stelle führen: Dieses steht den Betrieben durch die Erhöhung der Netzentgelte und der Erhöhung des CO2-Preises bevor. Am Ende könnte die Nettobelastung dann doch weiter steigen.

Schauen wir uns nun die dritte Herausforderung an.

Platz 3

Die Fachkräftegewinnung: Wie auch im vergangenen Jahr bleibt die Suche nach qualifizierten Handwerkerinnen und Handwerkern eine Herkulesaufgabe: Fast 58 Prozent der befragten Unternehmen meldeten, dass die Suche nach Fachkräften schwierig ist. Das gilt auch mit Blick auf die Suche nach Auszubildenden: 50 Prozent der befragten Betriebe konnten im vergangenen Jahr die zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze nicht vollständig besetzen.

Fakt ist: Das Handwerk unternimmt große Anstrengungen. Auch für zugewanderte Menschen sind gute Chancen auf eine Integration gegeben, **wenn** die aufenthaltsrechtlichen Fragen geklärt sind. Allerdings zeigen die Meldungen bezüglich des schlechten Abschneidens deutscher Schülerinnen und Schüler im Pisa-Test und die hohe Zahl junger Menschen, die weder über einen Ausbildungs- noch einen Studienabschluss verfügen, dass die vorhandenen Potenziale nicht hinreichend genutzt werden.

Wir brauchen mithin eine Bildungspolitik, die die Chancen für die jungen Menschen deutlich verbessert. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland gewährleistet, dass neben dem akademischen Weg echte Alternativen bestehen. Diese müssen gestärkt und **gleichwertig zur akademischen Bildung ausgestattet werden.**

Schließlich treiben die Betriebe auch die weiteren Kostenentwicklungen um:

Platz 4

Platz 4 nehmen die Steuer- und Sozialabgaben ein. 57 Prozent der befragten Betriebe empfinden diese Belastungen als große Herausforderung, im letzten Jahr waren es mit 47 Prozent schon viele.

Wichtig zu wissen ist: Speziell die Sozialabgaben treffen gerade arbeitsintensive Wirtschaftsbereiche besonders hart. Prognosen sehen die Sozialversicherungsbeiträge bis 2030 bei 45 Prozent, wenn keine Reformen kommen.

Fakt ist: Speziell mit Blick auf die Sozialabgaben dürfen arbeitsintensive Wirtschaftsbereiche nicht überfordert werden.

Auf die weiteren Herausforderungen gehen wir an dieser Stelle nicht weiter ein. Die größten Handlungsbedarfe sind sehr deutlich geworden.

Lassen Sie uns nun zu den Fragen nach der konkreten Zufriedenheit mit der Politik kommen.

III. Zufriedenheit mit der Politik

Wir haben die Betriebe gefragt, wie zufrieden sie aktuell mit Politik auf Bundes- und Landesebene sind. Die Grafik stellt die Antworten dar.

In der Umfrage zeigten sich gut zwei Drittel der Handwerksbetriebe richtig „unzufrieden“ mit der aktuellen Bundespolitik. Die niedersächsische Landesregierung bekommt eine spürbar bessere Bewertung, aber auch hier ist jeder vierte Betrieb richtig „unzufrieden“.

Die Auswertung der offenen Rückmeldungen der Betriebe zeigt, was ihnen insgesamt politisch wichtig ist:

- Verzicht auf Streit, dafür mehr zielführende, gemeinsame Entscheidungen der Regierung.
- Prioritäten setzen, Konzentration auf die wirklich wichtigen Rahmenbedingungen, keine Befassung mit zu viel „Klein, Klein“.
- Frühe Einbindung von Fachexpertise.
- Verlässlichkeit und Planungssicherheit.
- Weniger Bürokratie und mehr Geschwindigkeit.

Mit Blick auf die Landespolitik liegen die Erwartungen neben den genannten Punkten vor allem auf

- einer besseren Bildungspolitik – speziell der beruflichen Bildung und
- einer Stärkung der ländlichen Räume, insbesondere der Infrastruktur.

Kommen wir zum angekündigten Sonderschwerpunkt in unserer Umfrage:

IV. Die Bedeutung Europas für das niedersächsische Handwerk

Europa hat einen zunehmenden Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten. Nicht immer ist für die Betriebe erkennbar, von welcher politischen Ebene, was konkret kommt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Stimmungslage und den bevorstehenden Wahlen haben wir die Betriebe deshalb grundsätzlich gefragt: Welche Bedeutung messen Sie den Europawahlen 2024 bei?

Wie Sie der Grafik entnehmen können, gaben von den 1.500 Betriebsrückmeldungen knapp 65 Prozent an, dass die Europawahlen eine hohe oder zumindest eine mittlere Bedeutung haben.

Bei den Betrieben, die zu 35 Prozent den Europawahlen eine eher geringe Bedeutung beigemessen haben, zeigte die Auswertung der offenen Rückmeldungen, dass

- a) der Einfluss Europas auf den eigenen Betrieb als gering eingeschätzt wird (*Zitat aus der Umfrage: „Für Handwerk sind Europaabgeordnete nicht relevant“*)
- b) viele Betriebe bei den Verantwortlichen in Europa nicht von einem ausreichenden Bewusstsein für die Belange von KMU ausgehen (*Zitat aus der Umfrage: „Weil unsere Probleme nicht gesehen werden“*) und
- c) der eigene Einfluss über die Wahlbeteiligung als gering eingestuft wird (*Zitat aus der Umfrage: „Weil es keinen Einfluss hat“*).

An dieser Stelle gibt es für alle Akteurinnen und Akteure noch eine Menge zu tun, denn wir alle wissen, dass Europa auf nahezu alle Lebensbereiche Einfluss hat.

Auf die Frage an die Betriebe „Was verbinden Sie am stärksten mit Europa?“, auf die nahezu alle ebenfalls geantwortet haben, gab

- die Mehrheit von 66 Prozent an, dass sie mit „Europa“ etwas Positives verbinden, nämlich das Gefühl von „Frieden und Freiheit“.

Europa hat für die Betriebe auch viele weitere positive Aspekte. So wird zum Beispiel

- der Euro als stabile Währungsform von knapp 45 Prozent der Betriebe wertgeschätzt.
- Mehr als jeder dritte Betrieb verbindet mit Europa auch den eigenen Wohlstand.

ABER: Gleichzeitig verbinden knapp 64 Prozent Europa auch mit „Bürokratie“.

Kurzum - die Ergebnisse unserer Umfrage zeigen: Unsere Betriebe sehen die Bedeutung Europas, erwarten aber auch hier eine mittelstandsgerechte Ausrichtung! Ob der am 1. Februar ernannte neue KMU-Beauftragte der EU-Kommission für die Betriebe spürbare Veränderungen schaffen kann, bleibt noch offen.

Die Aufgabe ist groß. Denken Sie beispielsweise an

- das **geplante europäische Lieferkettengesetz**, nach dem viele Handwerksbetriebe als Zulieferer größerer Unternehmen indirekt zur Berichterstattung verpflichtet sind

oder

- an die **Taxonomiekriterien**, aufgrund derer auch Banken und Kreditinstitute zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichtet sein werden und Dokumentations- und Informationspflichten an ihre Kreditkunden und damit auch an Handwerksbetriebe weitergeben werden.

Der Grundsatz „Think small first“ - d.h. zunächst an die kleinen Betriebe zu denken - muss eine noch stärkere Verankerung auf allen Ebenen finden.